

UN in großer Finanzkrise: 6900 Stellen gefordert!

Die UN planen aufgrund finanzieller Engpässe, 6900 Stellen abzubauen und das Budget um 20% zu kürzen.



Vereinte Nationen, New York, USA - Die Vereinten Nationen (UN) sehen sich einer dramatischen Finanzkrise gegenüber, die zu umfassenden Sparmaßnahmen führt. Laut einem internen Memorandum, das **Welt** vorliegt, plant die UN die Entlassung von 6900 Mitarbeitern und eine Budgetkürzung von 20 Prozent auf insgesamt 3,7 Milliarden US-Dollar. Diese Maßnahmen sind eine direkte Reaktion auf die finanziellen Engpässe, die teilweise auf die Reduzierung der US-Beiträge zurückzuführen sind.

US-Präsident Donald Trump hat die UN in der Vergangenheit mehrfach kritisiert und die finanziellen Mittel gekürzt. Die USA sind mit fast einem Viertel des jährlichen Budgets der UN der größte Geldgeber, leisten jedoch gegenwärtig keine Zahlungen,

was die Situation zusätzlich verschärft. Im Rahmen der laufenden Überprüfung „UN80“ sollen die Einsparungen effektiver genutzt werden, und UN-Kontrolleur Chandramouli Ramanathan nannte keine spezifischen Gründe für die ausbleibenden US-Zahlungen.

Umfang der Kürzungen

Die geplanten Kürzungen sollen am 1. Januar 2026 in Kraft treten. Dabei sind nicht nur Personalreduzierungen vorgesehen, sondern es wird auch darüber nachgedacht, UN-Abteilungen zu verkleinern oder zusammenzulegen. Generalsekretär Antonio Guterres äußerte, dass die anstehenden Entscheidungen „unangenehm und schwierig“ sein werden und dass das Sekretariat umfassende Reformen benötigt, um auf die finanzielle Krise zu reagieren.

Das interne Memo fordert alle Mitarbeiter der UN auf, ihre Vorschläge für Einsparungen bis zum 13. Juni einzureichen. Der derzeitige Zustand hat eine Liquiditätskrise ausgelöst, die durch verspätete Zahlungen aus China weiter verschärft wird. Zusammen tragen die USA und China über 40 Prozent zur Finanzierung der UN bei, was die Bedeutung der pünktlichen Zahlungen unterstreicht.

System der UN-Finanzierung

Die Finanzierung der Vereinten Nationen basiert auf drei von der **Bundeszentrale für politische Bildung** definierten Säulen: Pflichtbeiträge zum ordentlichen Haushalt, Pflicht-Beitragsumlagen für Friedensmissionen und freiwillige Beiträge der Mitgliedstaaten. Der ordentliche Haushalt, der zentrale Organe wie das Sekretariat und die Generalversammlung finanziert, wird aus den Pflichtbeiträgen der Mitglieder bestritten, wobei die Höhe des Budgets alle drei Jahre festgelegt wird.

Die USA zahlen den Höchstsatz von 22 Prozent des UN-

Haushalts, gefolgt von Deutschland mit 8 Prozent. Die Kürzungen, die jetzt ins Auge gefasst werden, sind nicht nur finanzieller Natur, sondern auch strategischer – einige UN-Agenturen sollen durch Zusammenlegungen effizienter gestaltet werden. Im Hintergrund steht die politische Krise innerhalb der UN, die durch unzureichende oder verspätete Beitragszahlungen verstärkt wird.

Die Entwicklungen innerhalb der UN werfen Fragen zur zukünftigen Finanzierungspolitik und den daraus resultierenden humanitären Programmen auf. Richard Gowan von der International Crisis Group erklärte, dass es unklar sei, ob die Kürzungen die Haltung der Trump-Regierung gegenüber der UN beeinflussen werden, während ein Sprecher des US-Außenministeriums auf eine laufende Überprüfung der UN-Finanzierung hinwies.

Details	
Vorfall	Insolvenz, Stellenabbau
Ursache	finanzieller Druck, Finanzkrise
Ort	Vereinte Nationen, New York, USA
Quellen	• www.welt.de • ch.marketscreener.com • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net